

12.09.2017

Niederschrift über die Senatssitzung

(IV.1)

Herr Senator Horch trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2017/2419, betreffend

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 7.0 "Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation"

Hier: Nachbewilligung nach § 35 LHO und Stellungnahme des Senats zu den Ersuchen "Hamburg 2020: Weiterentwicklung der Elektromobilität in Hamburg", "Elektromobilität in Hamburg nimmt Fahrt auf" und "Elektromobilität stärken - Blaue Stellflächen für alle Ladestationen",

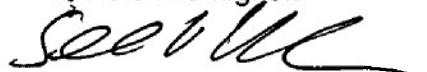
vor.

Der Senat nimmt Kenntnis und beschließt die mit der Drucksache vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft und ermächtigt den Präsidenten des Senats, bei der Präsidentin der Bürgerschaft die Vorwegüberweisung der Senatsmitteilung an den zuständigen Ausschuss zu beantragen.

Gr. Verteiler



Für die Richtigkeit


Cornelia Schmidt-Hoffmann

702.29-01-2017
01.01-17/18

Geschäftsstelle des Senats
Eing.: 08. SEP. 2017

Berichterstattung:
Senator Horch
Staatsrat Dr. Bösinger

TOP IV.1
Blau

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2017/02419
vom: 08.09.2017
für den Senat
am: 12.09.2017
IV

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 7.0 „Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation“

Hier: Nachbewilligung nach § 35 LHO und Stellungnahme des Senats zu den Ersuchen "Hamburg 2020: Weiterentwicklung der Elektromobilität in Hamburg", "Elektromobilität in Hamburg nimmt Fahrt auf" und „Elektromobilität stärken – Blaue Stellflächen für alle Ladestationen“

A. Zielsetzung

Beantwortung der Bürgerschaftlichen Ersuchen "Hamburg 2020: Weiterentwicklung der Elektromobilität in Hamburg", Drucksache 20/6176 "Elektromobilität in Hamburg nimmt Fahrt auf" (Drs. 21/ 9272) sowie „Elektromobilität stärken – Blaue Stellflächen für alle Ladestationen“ (Drs. 21/08348).

Darüber hinaus sollen mit der vorliegenden Drucksache die noch fehlenden Mittel für 2017/18 eingeworben werden.

B. Lösung

Verabschiedung der Drucksache, Bereitstellung der notwendigen Mittel und Mitteilung an die Bürgerschaft

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Kostenübersicht

Projekt	2017 investiv	2018 investiv	2018 konsumtiv	Summe
	(Tsd. Euro)	(Tsd. Euro)		
Weiterer Ausbau Ladeinfrastruktur	8.000	7.000		15.000
Evaluation Lade-		100		100

infrastruktur				
Projektkoordination <i>hySOLUTIONS</i>			115	115
Projekt „eShuttle“			200	200
Maßnahmen- optimierung Kernverwaltung			120	120
Pilotprojekt „Lili Marleen“		250		250
Summe	8.000	7.350	435	15.785

Die Gesamtkosten belaufen sich auf 8.000 Tsd. EUR für das Jahr 2017 und 7.785 Tsd. EUR für das Jahr 2018. Die Bereitstellung der Mittel erfolgt im Einzelplan 7 der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation. Mittel in Höhe von rund 2.800 Tsd. Euro (Investitionseinzahlung) werden im Haushaltsjahr 2018 von Seiten des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) aus dem Förderprogramm Ladeinfrastruktur zur Verfügung gestellt.

Die Kassenmittelbedarfe ab 2019 werden bei der Haushaltsplanaufstellung 2019/2020 berücksichtigt.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Die Investitionen sind als immaterieller Vermögensgegenstand zu aktivieren. Die jährlichen Abschreibungen mindern über die Ergebnisrechnung das Eigenkapital der FHH.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine

F. Auswirkungen auf:

- Familienpolitik
- Klimaschutz
- Inklusion
- Bürokratieabbau
- Gleichstellung

Durch den weiteren Ausbau der Elektromobilität und insbesondere der Ladeinfrastruktur wird die Voraussetzung für den Einsatz einer signifikanten Anzahl von E-Fahrzeugen in Hamburg geschaffen. Der Ausbau trägt zur Substitution durch schadstoffarme Antriebe bei, insbesondere in den Flotten mit hohen Fahrleistungen wie z.B. Wirtschaftsflotten. Der Ausbau unterstützt die Klimaziele des Senats, den Anteil an Fahrzeugen mit elektrischen Antrieben bis 2020 allgemeinen sowie insbesondere in den öffentlichen Flotten als auch bei den Neuzulassungen deutlich zu steigern. Elektromobilität kann über gesteuertes Laden in sogenannten *smart grids* zudem einen Beitrag zur Speicherung volatiler Energien leisten und damit den Umstieg von fossiler Energie auf Erneuerbare Energie unterstützen.

Ein rascher Ausbau der Elektromobilität und eine damit verbundene Modernisierung der Flotte hin zu emissionsfreien bzw. -armen Antrieben ist zudem ein wichtiger Beitrag, um das

Senatsziel im Rahmen des Luftreinhalteplans zu erreichen, den Jahresmittel-Grenzwert für den Luftschadstoff Stickstoffdioxid (NO₂) einzuhalten.

G. Alternativen

Kein Ausbau der Elektromobilitäts-Aktivitäten, Rückgabe der bereits zugesagten Bundesfördermittel für den weiteren Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur und Verzicht auf Beantwortung der Bürgerschaftlichen Ersuchen.

H. Anlage

Mitteilung an die Bürgerschaft